

Riepl, Franziska

Article

Pässe und Abschlüsse: Staatsbürgerschaft als Booster für den Bildungserfolg

WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Riepl, Franziska (2025) : Pässe und Abschlüsse: Staatsbürgerschaft als Booster für den Bildungserfolg, WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung, ISSN 2943-6613, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin, Iss. 188 (2/25), pp. 44-47, <https://bibliothek.wzb.eu/artikel/2025/f-27003.pdf>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/337102>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Pässe und Abschlüsse

Staatsbürgerschaft als Booster für den Bildungserfolg

25 Millionen Menschen in Deutschland haben eine Migrationsgeschichte, die Hälfte von ihnen haben keinen deutschen Pass. Dabei hat die Staatsbürgerschaft weitreichende Auswirkungen – ob es nun um konkrete Probleme wie Visa für Urlaubsreisen oder um abstrakte Fragen nach Herkunft und Zugehörigkeit geht. Franziska Riepl richtet ihren Blick auf den Bereich der Bildung. Die große Reform des Staatsbürgerschaftsrechts im Jahr 2000 nutzt sie als eine Art natürliches Experiment: Daten zu Bildungsverläufen ermöglichen es, Jahrgänge vor und nach der Reform zu vergleichen.

Franziska Riepl

Mehr als die Hälfte der in Deutschland ansässigen Menschen ohne deutschen Pass leben seit über acht Jahren in Deutschland; sie hätten damit die Möglichkeit zur Einbürgerung. Langwierige bürokratische Prozesse sowie die Verpflichtung, die bisherige Staatsbürgerschaft aufzugeben, haben aber bislang dazu geführt, dass diese Möglichkeit oft nicht genutzt wird. Eine neue Reform des Staatsbürgerschaftsrechts im letzten Jahr hat einige Änderungen mit sich gebracht: Die Mindestaufenthaltsdauer vor Einbürgerungen wurde weiter reduziert, der Zugang zur Staatsbürgerschaft ab Geburt wurde erleichtert, und auch eine doppelte Staatsbürgerschaft ist jetzt leichter möglich. Was verändern solche Reformen, zum Beispiel im Bereich der Bildung?

Antworten auf diese Frage lassen sich finden, wenn man die letzte große Reform des Staatsbürgerschaftsrechts betrachtet. Bis zum Jahr 2000 war das deutsche Staatsrecht vom Prinzip des „ius sanguinis“, des „Rechts des Blutes“, be-

stimmt: Nur wer deutsche Vorfahren hatte, war Deutsche oder Deutscher. Einbürgerungen waren nur unter strengen Auflagen und nach Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit möglich. Mit der Reform von 2000 hielt erstmals das Prinzip des „ius soli“ („Recht des Bodens“) Einzug ins deutsche Recht. Seither können auch die Kinder von ausländischen Staatsbürger*innen den deutschen Pass erhalten, wenn sie in Deutschland geboren sind. Konkret betrifft diese Regelung Kinder, deren Eltern seit vielen Jahren in Deutschland leben, aber nicht die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben. Wenn zumindest ein Elternteil zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes mindestens acht Jahre lang einen permanenten Aufenthaltsstatus in Deutschland hatte, erhält das Kind automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Das kleine Wort „automatisch“ hat dabei eine große Bedeutung: Eine Antragstellung mitsamt Wartezeiten und Gebühren wie bei der Einbürgerung ist hier nicht nötig. Zudem kann eine zusätzliche Staatsbürgerschaft für das Herkunftsland der Eltern erworben werden. Die Kinder müs-

sen sich also nicht – wie Erwachsene bei einer Einbürgerung – für eine Staatsangehörigkeit entscheiden.

Dieser Paradigmenwechsel hat konkrete Auswirkungen auf die Zukunftsperspektiven der betroffenen Kinder: Ihr Aufenthalt in Deutschland ist langfristig gesichert, der Zugang zu bestimmten Karrierewegen, zum Beispiel als Beamter, ist vereinfacht, und bestimmte Erfahrungen mit Diskriminierung, zum Beispiel im Umgang mit Lehrkräften oder bei Behörden-gängen, können vermieden werden. Diese Veränderungen können das Verhalten der Kinder und ihrer Eltern beeinflussen – mit wiederum weitreichenden Konsequenzen.

„Wir berechnen die Unterschiede in den Schulabschlüssen von vor oder nach dem Jahr 2000 geborenen Kindern“

Gemeinsam mit Celina Proffen (ehemalige Doktorandin an der Goethe-Universität Frankfurt und jetzt bei der Weltbank beschäftigt) habe ich untersucht, wie sich der Erhalt der Staatsbürgerschaft ab Geburt auf den Bildungserfolg dieser Kinder (heute junge Erwachsene) auswirkte. Die reale Veränderung haben wir wie ein Experiment genutzt: In einem sogenannten Differenzen-in-Differenzen-Ansatz vergleichen wir die Trends im Bildungserfolg für die von der Reform betroffene Gruppe – also Kinder mit ausländischen Eltern – mit den gesamtgesellschaftlichen Trends. Dazu berechnen wir die Unterschiede in den erreichten Schulabschlüssen von vor oder nach dem Jahr 2000 geborenen Kindern, deren Eltern seit mehr als acht Jahren in Deutschland leben, aber keinen deutschen Pass haben (beide bilden die sogenannte Treatment-Gruppe). Um sicherzustellen, dass die Veränderungen zwischen den Geburtskohorten auf die Reform zurückzuführen sind und nicht auf allgemeine Trends im deutschen Schulwesen, berechnen wir dann die Unterschiede in einer Kontrollgruppe von Kindern mit mindestens einem deutschen Elternteil. Zieht man diese Trend-Veränderung von der Veränderung in der Treatment-Gruppe ab, bleibt der reine Effekt der Reform.

Franziska Riepl ist Doktorandin in der Forschungsgruppe Ungleichheit, soziale Mobilität und Wachstum. Ihr Forschungsinteresse liegt im Bereich der Arbeitsökonomie, mit einem Schwerpunkt auf dem Arbeitsmarkterfolg benachteiligter Gruppen und der Rolle von Bildung.
franziska.riepl@wzb.eu

Wendet man diese Strategie auf die Daten aus dem Mikrozensus an, einer repräsentativen 1-Prozent-Stichprobe der in Deutschland lebenden Bevölkerung, zeigen sich erstaunliche Veränderungen in den Bildungsverläufen. Im Vergleich zu vor dem Jahr 2000 geborenen Jugendlichen haben Jugendliche mit deutscher Staatsangehörigkeit eine knapp sieben Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, das Abitur zu erreichen. Die Wahrscheinlichkeit, als höchsten Abschluss nur einen Hauptschulabschluss zu erreichen, sinkt dagegen um sechs Prozentpunkte. Dieses Ergebnis ist stabil über verschiedene Datensätze, Altersgruppen und Stichprobendefinitionen hinweg. Es lässt sich

„Durch die Reform schließt sich der Abstand in den Bildungsabschlüssen von Kindern mit nichtdeutschen im Vergleich zu deutschen Eltern um mehr als ein Drittel“

sogar innerhalb von Familien, bei denen Geschwister kurz vor und nach der Reform geboren wurden, zeigen. Der Effekt ist am stärksten für die Kinder von Eltern, die seit langer Zeit in Deutschland ansässig sind, aus einem Nicht-

EU-Land stammen und selbst nur ein niedriges Bildungsniveau erreicht haben. Insgesamt schließt sich durch die Reform der Abstand in den Bildungsabschlüssen von Kindern mit nichtdeutschen im Vergleich zu deutschen Eltern um mehr als ein Drittel. Angesichts der hartnäckigen Ungleichheiten im deutschen Bildungssystem ist das ein beachtliches Ergebnis, zumal diese Reform keine zusätzlichen Kosten im Bildungsbereich verursacht.

**„Wenn eine Karriere als
Richterin in Deutschland
erreichbarer erscheint,
steigt die Motivation, sich in
der Schule anzustrengen“**

Doch was kann diesen Sprung im Bildungserfolg erklären? Aus der Perspektive der Ökonomie ist hier primär die Humankapitaltheorie relevant. Wenn der Verbleib in Deutschland langfristig gesichert ist und mögliche Hindernisse im Zugang zu gutbezahlten Jobs ausgeräumt sind, seien es Hindernisse aufgrund von

Diskriminierung oder aufgrund von an die Nationalität gebundenen Einstellungsvoraussetzungen (zum Beispiel für eine Verbeamtung), lohnt es sich mehr, in Bildung zu investieren. Wenn für eine juristisch interessierte Jugendliche eine Karriere als Richterin in Deutschland erreichbar erscheint, steigt ihre Motivation, sich in der Schule anzustrengen, das Verfassen von Texten auf Deutsch zu üben und den Sprung ins Jurastudium zu schaffen.

Außerdem erzeugt der frühe und nicht an Bedingungen gebundene Erhalt des deutschen Passes ein Gefühl von Anerkennung und Zugehörigkeit, das indirekt den Erfolg in der Schule fördern kann. Die Integrationsforscherin Susanne Worbs hat in einer umfangreichen Studie gezeigt, unter welchen inneren Konflikten die Kinder der zweiten Einwanderergeneration leiden, wenn sie sich mit der Entscheidung konfrontiert sehen, eines ihrer Herkunftsländer über das andere zu stellen. Die Staatsangehörigkeit ab Geburt entschärft diesen Konflikt nicht nur organisatorisch – seit der Abschaffung der sogenannten Optionsregel im Jahr 2014 können die betroffenen Personen über die Volljährigkeit hinaus mehrere Staatsbür-

gerschaften behalten. Diese Regelung sendet das starke Signal, dass Zugehörigkeit nicht im Entweder-Oder gedacht werden muss. Kinder, die von der Reform profitieren, können sich trotz der ausländischen Staatsangehörigkeit ihrer Eltern von Anfang an (auch) als Deutsche verstehen.

„Die neue Regelung sendet das starke Signal, dass Zugehörigkeit nicht im Entweder-Oder gedacht werden muss“

Um zu untersuchen, welche dieser Erklärungen sich in der Praxis bewähren, nutzen wir zusätzlich umfragebasierte Informationen aus dem Sozio-oekonomischen Panel und dem Nationalen Bildungspanel, zwei groß angelegten deutschen Langzeitstudien. Im Bereich der Bildungsziele lässt sich ein leichter Anstieg im Anteil derer erkennen, die ein Studium beginnen wollen – für konkrete Befunde zu Studium und Berufseinstieg ist es allerdings noch zu früh. Was sich jedoch bereits jetzt klar feststellen lässt, ist eine Verbesserung der (selbst eingeschätzten) Sprachkenntnisse in den Bereichen Lesen, Verstehen und Sprechen. Gleichzeitig steigt tendenziell der Anteil derer, die zuhause oder mit Freunden Deutsch sprechen. Ebenso zeigt sich

ein klarer Anstieg des Anteils der Jugendlichen, die sich in Deutschland zugehörig fühlen. Die empirischen Daten deuten also darauf hin, dass die Einführung der Staatsbürgerschaft ab Geburt durch eine stärkere Identifikation und Interaktion mit der deutschen Gesellschaft Barrieren im Schulkontext abbauen und die Lernmotivation fördern konnte.

Für die Ausgestaltung des Staatsbürgerschaftsrechts sind Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik nicht unbedingt leitend. Aus dieser Perspektive aber lässt sich sagen: Es hat sich gelohnt. Die Ausweitung der Kriterien für Staatsbürgerschaft über die Abstammung hinaus hat den Bildungserfolg nicht nur kurzfristig beeinflusst. Die Reform von 2000 hat sich vielmehr auch auf entscheidende, langfristig wichtige Bildungsstufen wie das Abitur ausgewirkt. Unsere Forschung zeigt, dass die Förderung von Arbeitsmarktperspektiven und Zugehörigkeitsgefühl ein Weg sein könnte, um die Ungleichheiten im Bildungssystem zu reduzieren. Die erneute Reform des Staatsbürgerschaftsrechts im Jahr 2024 hat weitere Hürden hinsichtlich der doppelten Staatsbürgerschaft und der Staatsbürgerschaft ab Geburt abgebaut. Nicht nur Ökonom*innen können gespannt sein, wie sich diese Veränderungen auf Bildungsabschlüsse, Arbeitsmarktchancen und weitere Facetten des persönlichen und gesellschaftlichen Erfolgs von Jugendlichen mit Migrationshintergrund auswirken werden. ●

Literatur

Bundesregierung: Modernes Staatsangehörigkeitsrecht: Schnellere Einbürgerungen unter strengeren Voraussetzungen. 2024. Online: www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/modernisierung-staatsangehoerigkeitsrecht-2215610 (Stand 5.05.2025).

Felfe, Christina/Rainer, Helmut/Saurer, Judith: „Why Birthright Citizenship Matters for Immigrant Children: Short- and Long-Run Impacts on Educational Integration“. In: Journal of Labor Economics, 2020, Jg. 38, S. 143–182. DOI: 10.1086/704570.

Fick, Patrick: „Does Naturalization Facilitate Integration?“ In: Zeitschrift für Soziologie, 2016, Jg. 45, H. 2, S. 107–121. DOI: 10.1515/zfsoz-2015-1006.

Gathmann, Christina/Garbers, Julio: „Citizenship and Integration“. In: Labour Economics, 2023, 82, H. 1. DOI: 10.1016/j.labeco.2023.102343.

Worbs, Susanne: „Bürger auf Zeit: Die Wahl der Staatsangehörigkeit im Kontext der deutschen Optionsregelung“. In: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hg.): Beiträge zu Migration und Integration, 7, 2014. Online: www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Beitragsreihe/beitrag-band-7-buerger-auf-zeit.pdf?__blob=publicationFile&v=14 (Stand 5.05.2025).